

Redaktion 32723 - Geschäftsstelle 32722
Postfachkonto: Dresden Nr. 14797

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden K. 16, Holbeinstr. 48

Sächsische
Volkszeitung

Wagnispreis: Vierteljährlich von Haus Ausgabe A mit illustrierter Beilage 16.75 M. Ausgabe B 15.25 M.
einwöchentlich Postfrei. Preis der Einzelnummer 40 Pf.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. - Preis für die
Vierteljahrteile aller Anzeigen 1.60 M. im Restanteil 4.- M. - Für unbenutzte geschriebene sowie durch
Zensurprüfer aufgeschriebene Anzeigen können die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Oberschlesiens Schicksal vor dem Reichstag

Berlin, 26. Oktober. Die schwarz-rot-goldenen Kämpfer auf
den Tribünen des Reichstages stehen auf Halbmaße. Ein Tag voll
Schmerz und Trauer ist es, von Bitterkeit und tiefem Groll und
trübsinniger Ohnmacht, an dem sich die deutsche Volksvertretung
versammelt hat, um sich über die Note der Entente zu entscheiden,
die Note, die ein Stück deutschen Landes und deutscher Wirtschaft,
ein Stück 700jähriger Kulturarbeit durch Rechtsbruch und Ver-
wahrlosung von uns losreißt. Bis in die Nachmittagsstunden
herrschte Ungeheuerlichkeit, ob es gelingen werde, das Kabinett zu
bilden. Die Sitzung des Reichstages, die am mittags 12 Uhr fest-
gesetzt war, wurde zunächst auf 2 Uhr, schließlich auf 4 Uhr ver-
schoben. In den Stunden des Reichstages zeigte das Ge-
schehen die Erregung und die Erwartung über das kommende.
Welche Männer wird der Kanzler finden, die gewillt sind, mit
ihm den schweren Weg zu gehen? Was werden die Parteien tun,
was tun? Diese Fragen schwirren durcheinander! Das Bild
des Hauses zeigte das des großen Tages. Die Tribünen waren
bis auf den letzten Platz besetzt. Die Vertreter des Reichstages
und der deutschen Länder unter Führung Preussens, das der kanti-
nalarminister Beder vertrat, waren anwesend. Der Sitzungssaal
war nur wenige Reihen auf - besonders hart waren die Links-
partei vertreten. Man harpte der Regierung, über deren Zu-
sammensetzung bis zur Stunde des Reichstagesbeginnes nichts
bekannt geworden war. Mit wirkungsvollen eindringlichen und
zu Herzen gehenden Worten gedachte der Präsident des Hauses,
der Reichstagspräsident Lohse, unserer nun von uns getrennten
Brüder in Oberschlesien. Ein Schlüsselwort der Rede lautete er
ihnen zu. Treue um Treue, das ist das Schlüsselwort, das ihnen
Deutschland entgegenzubringen gelobt. Und Reichstagspräsident
Lohse sagte, als er mit erhabener Stimme den Saal hervorbrach,
dass das eine gewiss sei: keine Macht der Erde könne durch das
Mittel der Gewalt Recht in Recht verwandeln. Treue erteilt
er dem Kanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. Wirth

Auf Grund des Aufrufs des Herrn Reichspräsidenten habe
ich die Bildung der neuen Regierung übernommen, die ich die
Ehre habe, Ihnen vorzustellen. Neben dem Kanzleramt, das mir
geworden ist, habe ich die Leitung der auswärtigen Geschäfte
übernommen. Die übrigen Ministerposten sind wie folgt besetzt
worden:

- Reichsfinanzminister und Reichskanzler: Bauer;
Minister des Innern: Dr. Brücker;
Reichsminister: Dr. Brauns;
Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, ständ-
lich beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des
Finanzministeriums: Dr. Hermann;
Reichsminister: Dr. Gehler;
Reichsminister: Gerner;
Reichsminister: Gieseler;
Reichsminister: Schmidt;
Reichsminister: Dr. Nabrund.

Der Vortritt des Ministers für Wiederaufbau steht noch
offen. Da ich der Meinung bin, dass kein Politiker und keine
Partei, welche innere Verantwortlichkeiten zu politischer Tat werden
lassen wollten, sich der Verantwortung entziehen konnte, habe ich
dieses Amt übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden,
die mit mir eines Glaubens sind, dass es nicht unmöglich ist, das
Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Kreisläufe der Regierungsbil-
dung ohne eine handlungsfähige Regierung aufs Spiel zu
setzen. Ich spreche diesen Männern auch hier an dieser Stelle
meinen besonderen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit
aus. (Beifall.)

Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt, innerhalb kür-
zester Frist Stellung zu der

Entscheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien

zu nehmen und die mit einer solchen Stellungnahme verbunde-
nen Entschlüsse durchzuführen. Auf diese Entscheidung der Vor-
konferenz hin hat sich die deutsche Regierung entschlossen,
dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzugeben, und
mit diesem Schritt die Auffassung bekräftigt, dass sie die Ent-
scheidung in der obersteinsten Angelegenheit in der Form, wie sie er-
folgt ist, als ein Unrecht und ein Unglück ansehen. Sie hat ge-
sagt, in dem den Rücktritt begründenden Schreiben sich das, an-
zuerkennen, dass durch den Spruch der Vorkonferenz
eine neue politische Lage geschaffen sei. Im Namen der neuen
Regierung erkläre ich, dass auch sie in der Beurteilung der Ent-
scheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der
alten Regierung abweicht. Auch die neue Regierung ist der Mei-
nung und betont feierlich vor aller Welt, dass durch den Spruch
der Vorkonferenz Deutschland und dem betroffenen Ober-
schlesien harte Gewalt angetan wird. (Lebhafte Zustimmung.)
Wenn wir diesen Spruch über Oberschlesien auf Grund des durch
den Versailler Vertrag gegebenen Rechtes prüfen, so lag es nach
dem letzten Absatz des Artikels 88 in Verbindung mit § 5 des
Vertrags zu diesem Artikel den alliierten Hauptmächten ob, eine
Grenze zwischen Deutschland und Polen zu ziehen, die sowohl
dem Abstammungsergebnis, als auch der geographischen und
wirtschaftlichen Lage der Ostprovinzen Rechnung tragen sollte.
Diese Entscheidung durfte nach der Rechtslage nur die Haupt-
mächte treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch ent-
ledigt, dass sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten er-
suchten, und zugleich darüber übereinkamen, dieses Gutachten,
wie es auch lautet möge, als für sie bindend anzusehen. Nach
unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden
identisch ist, versteht die Übertragung der Entscheidung an eine
andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. Dieser
Vertrag wird auch nicht dadurch gebilligt, dass die Entscheidung
vom 20. Oktober nach hinten hin formell als Beschluss der
Hauptmächte dargestellt wird.

Wenn die Regierung in dieser dringenden Stunde die Zu-
stimmung der deutschen Volksvertretung zu den so bezeichnenden
Entschlüssen erbittet, welche sie zur Durchführung benötigt, so

verheißt sie sich nicht, dass durch die Andritterklärung der alten
Regierung eine neue Lage geschaffen worden ist. Die neue Regie-
rung sieht es als einen schweren Fehler an, dem deutschen Volke
wie dem Ausland zu verheimlichen, dass durch die vorausgegan-
genen Bestimmungen deutschen Territoriums infolge der Entschlei-
dung über Oberschlesien

Deutschlands Leistungsfähigkeit so vermin-
dert wird, dass alle Berechnungen, die man
bisher über die Möglichkeit der deutschen Re-
parationsleistungen aufgestellt hat, in neue
harte Zweifel gezogen werden müssen.

Aber auch in der Sache selbst liegt die betreffende Entschlei-
dung mit den Vorschriften des Vertrages im Widerspruch. (Zustimmung.) Die Entscheidung nach selbst anerkenn-
ten, dass die alliierten Hauptmächte nicht zustande gewesen sind, eine
Grenze zu ziehen, die sowohl der Abstammung der Einwohner,
als auch den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen
des Landes gerecht wird. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest,
dass die gewünschte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete
verfehlt, was eine Gefahr für Oberschlesien nicht vermindert, die
durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollte.
Das ergibt sich aus einer Karte, die nicht nur die Ost- und West-
grenze zeigt, sondern auch die geographischen und wirtschaftlichen
Verhältnisse des Landes. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest,
dass die gewünschte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete
verfehlt, was eine Gefahr für Oberschlesien nicht vermindert, die
durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollte.
Das ergibt sich aus einer Karte, die nicht nur die Ost- und West-
grenze zeigt, sondern auch die geographischen und wirtschaftlichen
Verhältnisse des Landes. Sie stellt vielmehr ausdrücklich fest,
dass die gewünschte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete
verfehlt, was eine Gefahr für Oberschlesien nicht vermindert, die
durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollte.

Diesen Standpunkt, diese Rechtsauffassung wird die Regierung
den alliierten Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Die deutsche Regierung sieht die Entscheidung der Vorkonferenz
als gegen Vertrag und Recht verstoßend an. Sie ist
der Auffassung, dass in Oberschlesien durch Gewalt ein neuer Zu-
stand geschaffen werden soll. (Zehr richtig!)

Die Aufgabe der neuen Regierung ist es daher, die Regeln
zu finden, nach denen eine praktisch mögliche Politik in der näch-
sten Zukunft sich zu bewegen hat. Die nächste und dringende
Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist die Verpflichtung zur Entschlei-
dung eines Vertreters zu den Wirtschaftsverhandlungen über das
Übergangsgeld hinanzubringen. Die Entscheidung der Vor-
konferenz ist ein schwerer Fehler, der die deutsche Regierung
zu entschließen und das zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen
Blüte des politisch zerfallenen Landes möglich zu tun, oder aber
sie dem Zustand und den wirtschaftlichen Interessen der Nachbar-
länder ausgesetzt zu lassen. Eine Möglichkeit, die von schwersten Folgen
nicht nur für das Land selbst, sondern auch für unser ganzes
Vaterland sein muß. Vor diese Entscheidung gestellt, ist es die
Aufgabe der Politik, den Interessen Oberschlesiens selbst und
denen ganz Deutschlands gerecht zu werden. Unsere erste Pflicht
ist es heute, die Hunderttausende deutscher Volksgenossen, die
durch den Machtpruch der alliierten Hauptmächte zu Polen ge-
schleudert werden, nicht im Stich zu lassen.

Von dieser Betrachtung der Lage ausgehend, wird die Reichs-
regierung ihren Bevollmächtigten für die Wirtschaftsverhandlungen
ernennen und ihre den alliierten Hauptmächten unverzüglich mit-
teilen.

Die ehemaligen Grenzen Deutschlands haben die Volkswirtschaft
auf die Grundmauern der durch den Krieg zerstörten Wirtschaft auf
die Wiederaufbauung der durch den Krieg verursachten Schäden,
auf den Wiederaufbau der gesamten Welt, vornehmlich auf die
deutschen Reparationsleistungen gerichtet und im Verlaufe dieser
Politik Deutschland einen schweren Schlag, wenn sie überhaupt zu
tragen sind, nur unter Verletzung aller Strafe getragen werden
können. Durch die obersteinsten Entscheidung wird diese Voraus-
setzung auf schwerste erschüttert.

Ich will mich darauf beschränken, Ihnen ganz kurz eine
nähere Übersicht darüber zu geben, was Deutschland an ideellen
und materiellen Gütern durch die Entscheidung verloren hat, dem
nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes soll Ober-
schlesien durch die Abstammung 1925/26 Einwohner, d. h. 10 Prozent
des Abstammungsergebnisses, an Polen verlieren. Demgegenüber be-
trugen die Kosten des Abstammungsergebnisses: 62 Prozent deut-
sche und 38 Prozent polnische Stimmen. Es werden also noch
mehr als 11 Prozent der Bevölkerung abgetrennt, als für Polen
gestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hierbei ist nicht berück-
sichtigt, dass das Ergebnis der Abstammung ein viel günstigeres
für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstammung in voller
Reife und unter einem wirklichen Schutz stattgefunden hätte. (Leb-
hafte Zustimmung.) Unter dem Druck polnischer Terror in den
abgeschlossenen Gebieten gehen uns große bildende deutsche Städte
verloren, alte Zentren deutscher Kultur; ich erwähne insbesondere
die Stadt Kattowitz, die mit 85 Prozent aller Stimmen ihre Zu-
gehörigkeit zum Deutschen behauptet hat. (Lebhafte Zustimmung.)
42.000 in Aktion abgetrennten deutschen Stimmen fanden nur
3500 polnische gegenüber.

Dass es in der Welt jemand gibt, der gegen dieses Abstim-
mungsergebnis nicht protestieren würde, darf man bezweifeln.
(Lebhafte Zustimmung.) Ich erwähne ferner die Stadt Königs-
hütte, in der sich 78 Prozent für das Verbleiben bei Deutschland

ausgesprochen haben. Das Verhältnis betrug 31.861 deutsche
Stimmen gegenüber 10.647 polnischen Stimmen. Wenn man diese
und andere deutsche Kulturzentren ohne Rücksichtnahme auf ihre
Geschichte, auf ihre Bevölkerung und auf ihren laut bekundeten
Willen von Deutschland abgetrennt werden sollen, so muß jede
Planne daran scheitern, daß Recht und Gerechtigkeit, daß ins-
besondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine wissenschaftliche
Bedeutung haben kann. (Zehr richtig!) 75 Prozent der ober-
schlesischen Kohlenförderung sollen an Polen fallen. Nicht nur
die gesamten Kohlenvorkommen in Oberschlesien, sondern auch die
Landes von den 60 Milliarden Tonnen jährlich geförderter Kohle nur
5,5 Milliarden, 90 Prozent des Bestandes fallen an Polen.
An Steinen werden in Zukunft nur 5000 Tonnen, statt der bis-
herigen 22.000 von Deutschland gefördert werden können. Die
Verluster mindern sich 85 Prozent der bisherigen Förderung. Da-
mit nicht genug, fällt auch die Mehrheit der Eisenröhren an
Polen. Allein an Silber gehen mehr als 15 Milliarden Goldmark
dem Werte nach verloren. Von den 37 obersteinsten Hochöfen
fallen 22 an Polen. Diese neue Aufstellung der deutschen
Reparationsmöglichkeiten führen unsere Gegner in einem Augen-
blick herbei, in dem viele Kreise des deutschen Volkes zu der Er-
kenntnis der Notwendigkeit umfassender Reparationsleistungen
Deutschlands herangezogen werden. Die gegenwärtige Lage
der Weltwirtschaft zeigt in allen Ländern katastrophale wirt-
schaftliche Erscheinungen. Wäher hindern jedoch kurzfristige Ver-
schlüsse, Verträge und Beschlüsse die Welt davon, den Weg zu
sehen, der auch dringlich, vor allem in Europa gezeigt worden
ist, der Weg zur gemeinschaftlichen Arbeit am Wiederaufbau von
Wirtschaft, Kultur und Recht.

Die Politik der bisherigen Regierung ist darauf einstellt
gewesen, durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des Res-
sourcenmäßigen ihren Verpflichtungen zum Wiederaufbau vor
allem weitere nachzukommen: Sie will den guten Willen be-
nutzen, zur Befriedigung des aus dem Kriegslidenen hervor-
gegangenen Bedürfnisses der Völker beizutragen und damit die
Grenzen auszuweiten, welche der Gefährdung durch die natu-
ralen Bedingungen der Weltwirtschaft gezogen sind. Von diesem
Willen wird auch die neue Regierung nicht abweichen. Sie wird
durch den Willen, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukom-
men, auch weiterhin dem Gegner jeden Vorwand nehmen, um
die von ihm verlangte Vernichtung Deutschlands durchzuführen.
(Zehr richtig!)

Ich fasse die Stellungnahme der Regierung heute dahin zu-
sammen: Die deutsche Regierung erkläre in dem Spruch der Vor-
konferenz nicht allein eine Unrechtheit, sondern auch eine
Verletzung des Versailler Friedensvertrages, dessen klarem Wort-
laut die Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt
gegen den hierdurch schiedlichen Zustand als einer Wieder-
setzung fester Verhältnisse ein, sie werde das Mittel an, welches
das Völkerrecht als Schutz gegen Verunsicherung kennt. Um
die dem deutschen Volke drohende Verleumdung zu vermeiden,
sicht sich die deutsche Regierung genötigt, den in der Rede vorge-
schlagenen Delegierten zu ernennen, um von ihrer Rechtsauffassung
Kenntnis zu geben. Die Regierung erkläre an der darauf be-
gründeten Politik ihre Zustimmung.

Die Regierung ist allerdings nicht aus dem Leben ab-
schließen Willen statt Anzahl von Parteien heranzuziehen, sondern
sicht sich aus Männern zusammen, die sich im Dienste der Stunde
dem Vaterlande zur Verfügung stellen werden. Ich weiß wohl,
dass eine große Anzahl von Männern der Wissenschaft, die in
der deutschen Erklärung nicht berücksichtigt werden können, in § 5
die Ernennungskomitee, die Verwirklichung, die Anerkennung der
Rechten und die Hilfe für die kleinen Parteien. Ich bitte,
diese Herren heute zurückzuführen und richte den dringenden
Appell zur Mitarbeit an die Parteien dieses Hauses. (Beifall.)

Herr Müller-Franke (Zsp.) dankt dem obersteinsten
Minister für die Haltung um so mehr als gerade die deut-
schen Gewerkschaften dort die höchsten Führer des deutschen
Gewerkschafts sind. Sie müssen jetzt den Obersteinsten praktische Hilfe
leihen. Den Vorkonferenzgremien hat der Spruch jedenfalls
bei uns keinen Eindruck gemacht. Er hätte von einem unpartei-
schen Gewerkschaftsrat gefaßt werden müssen. (Beifall.)
Ich will mich darauf beschränken, Ihnen ganz kurz eine
nähere Übersicht darüber zu geben, was Deutschland an ideellen
und materiellen Gütern durch die Entscheidung verloren hat, dem
nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes soll Ober-
schlesien durch die Abstammung 1925/26 Einwohner, d. h. 10 Prozent
des Abstammungsergebnisses, an Polen verlieren. Demgegenüber be-
trugen die Kosten des Abstammungsergebnisses: 62 Prozent deut-
sche und 38 Prozent polnische Stimmen. Es werden also noch
mehr als 11 Prozent der Bevölkerung abgetrennt, als für Polen
gestimmt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Hierbei ist nicht berück-
sichtigt, dass das Ergebnis der Abstammung ein viel günstigeres
für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstammung in voller
Reife und unter einem wirklichen Schutz stattgefunden hätte. (Leb-
hafte Zustimmung.) Unter dem Druck polnischer Terror in den
abgeschlossenen Gebieten gehen uns große bildende deutsche Städte
verloren, alte Zentren deutscher Kultur; ich erwähne insbesondere
die Stadt Kattowitz, die mit 85 Prozent aller Stimmen ihre Zu-
gehörigkeit zum Deutschen behauptet hat. (Lebhafte Zustimmung.)
42.000 in Aktion abgetrennten deutschen Stimmen fanden nur
3500 polnische gegenüber.

Herr Müller (Zsp.):
Ich spreche aus dem Herzen des Oberschlesien. Sie haben
über die Entscheidung geradezu niederschmetternd, denn sie
überhebt alle Erwartungen. Wir stellen feierlich fest, daß die
Abstammung nicht den Bestimmungen von Ver-
trägen entspricht. Die Obersteinsten hatten erkannt, daß
sie über das Schicksal des gesamten ungeliebten Oberschlesiens
abstimmen sollten, sonst würden vielleicht viele, die für Polen
stimmten, für Deutschland gestimmt haben. Auch die wirtschaft-
lichen Interessen des Reiches sind nicht berücksichtigt worden.
Wünsche die man nur nennen möchte, sind das von Frank-
reich protegierte Polen. Frankreich hat die Grenz-
linie gezogen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir Oberschlesier sind von den anderen
Mächten schamhaft beschändet worden. Reichs-
kanzler Wirth hat seine Position und alles eingepflegt, um Ober-
schlesien zu retten. Vorbildlich war die lädenlose Einheitsfront

der Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Reichssozialisten, ihre Forderungen bis zum letzten Augenblick vorbildlich für das ganze Reich.

Wenn wir einen Vertreter zu den Verhandlungen schicken, so tun wir es nur in der Erwartung, daß eine Gleichberechtigung bei den Verhandlungen nicht nur formell, sondern auch praktisch durchgeführt wird.

Abg. Gerg (Deutschnat.) hält es für bedauerlich, daß die Vertreter der deutschen Politik sich nicht zu einer rühmlichen Abwehr aufschwangen konnten.

Abg. Kahl (D. Sp.) behauptet, daß das Interesse an der Abnennbildung die Gefahr für Oberschlesien ganz zurückgedrängt hat.

Abg. Dr. Breitscheid (Unabh. Soc.) befragt auch für seine Partei den Verlust Oberschlesiens und der Oberschlesier.

Präsident Löbe vertreibt eine Kundgebung des Provinzialparlamentes der Provinz Schlesien.

Abg. Schäding (Dem.) verliest folgende Erklärung seiner Fraktion:

Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entscheidung eines Kommissars zur Abwendung der sich aus dem Diktat ergebenden Frage zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt.

Der Redner weist dann den Vorwurf zurück, daß seine Fraktion sich un-demokratisch benommen habe.

Abg. Emminger (Bayr. Sp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die schärfsten Einspruch gegen das Genfer Diktat erhebt und sich gegen die Entscheidung eines deutschen Vertreters auspricht.

Inzwischen ist ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes eingegangen, der gegen den Genfer Spruch Einspruch erhebt und betont, daß das deutsche Volk niemals diese neue Gewalt als Recht anerkennen, sondern vielmehr stets in den deutschen Oberhäuptern seine Brüder und in der ober-schlesischen Erde deutsches Land sehen werde.

Wann die Abg. Marx (Bentz.), Müller (Franken, Soc.) und Ledebour (Unabh.) die Erklärung abgegeben haben, daß ihre Fraktionen nur für den Vertrauensantrag stimmen werden, kommt es zur

namentlichen Abstimmung, in der das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten und die Unabhängigen für den Vertrauensantrag stimmen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Vertrauensvotums mit 230 gegen 132 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen.

Auch für den Antrag Emminger erfolgt namentliche Abstimmung. Der Antrag wird mit 218 gegen 162 Stimmen abgelehnt.

Den Sensationsmachern ins Stammbuch

Unter dieser Überschrift schreibt das Mitglied des Reichstages A. Deming, Vorsitzender des Augustinervereins, in dem von ihm herausgegebenen Dortmunder Zentrumsblatt „Tremonia“ (Nr. 292 vom 24. Oktober) u. a.:

Als ich am letzten Sonnabend im Reichstagsgebäude das bekannte Zimmer Nr. 23 betrat, in welchem die Zentrumsfraktion des Reichstages ihre Beratungen abzuhalten pflegt, war einer der ersten, der mich beglückte, Herr Abgeordneter Florin in A. B. an aus Böttinghausen.

Was ich am letzten Sonnabend im Reichstagsgebäude das bekannte Zimmer Nr. 23 betrat, in welchem die Zentrumsfraktion des Reichstages ihre Beratungen abzuhalten pflegt, war einer der ersten, der mich beglückte, Herr Abgeordneter Florin in A. B. an aus Böttinghausen.

Wie ist es möglich, so hört man oft fragen, daß so viele unrichtige Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen, die das Ansehen der Presse bei allen ruhig denkenden Menschen schwer schädigen.

Die ist es möglich, so hört man oft fragen, daß so viele unrichtige Mitteilungen in die Öffentlichkeit kommen, die das Ansehen der Presse bei allen ruhig denkenden Menschen schwer schädigen.

Wenn Zentrum herrscht seit Jahrzehnten eine besondere Vorsicht in der Bekanntgabe von Nachrichten. „Nur nichts in die Presse bringen“, alles vorläufig geheim halten, — das war die Losung, unter der vielfach bei uns von den maßgebenden Führern gearbeitet wurde.

Freilich ist nicht zu verkennen, daß die Fraktionen sonst manchmal in einer sehr heißen Lage sind und tagelang keine bestimmte Antwort geben können.

Zurück zu den heiligen Sagen

Von Franziska Schneider (Nachdruck verboten. — Alle Rechte vorbehalten.)

24. Fortsetzung. Sie umging den See bis zum jenseitigen hölzernen Ufer. Ein Sonnenplätschen suchte sie sich aus, ließ sich auf einem Baumstumpf nieder, befeuchtete den Rücken an der Angel, tauchte die Schnur in die klare Flut und oerschleift sich mühsam.

Angeduldig hielt sie die Angel auf die Oberfläche des Wassers, hals — hals, war die ganze Gesellschaft fort. Sie sah ein, daß sie etwas Unschickliches gemacht hatte, nun hieß es doppelt geduldig warten, bis nach und nach die verdüsterten Wellen wieder kamen.

Wenn sie sah, wie sie den Fisch in Peter Erwartung harrte auf Sonnenplatz und Wasserflimmer richtete, entsand in ihr ein Mühsampfen von unennbarer Weisheit.

Wie er das erste Entschließen über die ungewohnte Annuit des reizenden Bildes ausgelöst hatte, überlegte er weiter, was er tun sollte.

breitschulterig hockte, zu dem unbeweglichen schönen Rinde herüber. Ob es sich bewegen würde, oder ob es verzauert war, auf die Lösung dieser Frage schien er zu warten.

Oben über den Waldspod hart an der Wöschung des Ufers kam ein schlank gewachsener Mann geschritten, unbehörig ging sein Schritt über den weichen Moosboden.

Erneute sich eine bessere Gelegenheit bieten als diese die Bekanntschaft mit dem Mädchen anzuknüpfen? Wie nur, sagte er sich, die Annäherung beginnen? Mit einer Dame von Bildung, der Tochter eines Edelmannes, konnte die Annäherung nicht so unermittelt erfolgen wie bei einer sonst halb oder gar nicht gewöhnlichen Anbeterin.

Wie er das erste Entschließen über die ungewohnte Annuit des reizenden Bildes ausgelöst hatte, überlegte er weiter, was er tun sollte.

ist, um nur ein konkretes Beispiel anzuführen, in den letzten Tagen nicht alles über die Kartoffelfrage gesagt worden? Aber gegeben ist die jetzt herzlich wenig.

Doß dieses Kartoffelgeld in eine Zeit fällt, in der immer und außenpolitisch unter armen Vaterland in schwerer Bedrängnis ist, kann man bezweifeln, sollte uns aber nicht abhalten, dort fest zuzugreifen, wo es möglich und notwendig ist.

Noch zurück zu den Sensationsmachern! Das Kabinett Birich ist zurückgetreten, wie es nach der Entscheidung in Oberschlesien anzunehmen war, als logische Folgerung der früheren Stellungnahme des Reichskanzlers.

Oberschlesische Kundgebungen

Wentzen, 26. Oktober. Der gemeinsame Provinzialparlament der Provinzen Ober- und Niederschlesien hält es für seine Pflicht, unter dem erklärten Einverständnis der großen Teileiner ober-schlesischen Landeute und zugleich des ganz Schlesiens und Deutschlands das Unrecht und Unbilligkeit in voller Öffentlichkeit zu erklären, daß es das Diktat der Vorkriegsregierung über das Schicksal Oberschlesiens für unannehmbar und unannehmbar erachtet.

Gleiwitz, 26. Oktober. Die außerordentliche Stadterordnetenversammlung beschloß, heute zum Zeichen der Trauer und des Protestes gegen die Entscheidung über Oberschlesien die Geschäfte und Lokale um 6 Uhr nachmittags zu schließen.

Die 2. Internationale für Revision des Versailler Vertrages

London, 26. Oktober. Der „Daily Herald“ veröffentlicht ein Manifest des Vollzugsausschusses der 2. Internationale, in dem die Revision des Völkervertrages in der ober-schlesischen Frage sowie der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages gefordert wird.

Die Washingtoner Konferenz

London, 26. Oktober. Die Meldung der New Yorker „Times“, daß das Programm der Washingtoner Konferenz die Förderung internationaler Finanzfragen einschließt, wird in maßgebenden amerikanischen Kreisen begrüßt.

Washington, 26. Oktober. Wie amtlich mitgeteilt wird, wird die Eröffnung der Washingtoner Konferenz auf den 12. November verschoben werden, damit der 11. November ganz patriotischen Feiern vorbehalten bleibe.

Ein W

Paris, 26. In Verlaufe einer Hauptprobe gegen die Falltüren, um eine feste die Sitzung schließt: Aufhebung der Tagesordnung auspricht, mit

Die An

London, 26. Der geistliche Reichsminister. Es bezieht sich auf die Wahl im Reichstag, die im Reichstag erörtert werden sollen.

Die An. London, 26. Der geistliche Reichsminister. Es bezieht sich auf die Wahl im Reichstag, die im Reichstag erörtert werden sollen.

Hebergabe

Belgrad, 26. ruzen der Kleinregierung ein Wählung Karls, C und den völkischen Lager innerhalb erhalten, die Tr

Eine

Münch., 26. Schulle hat, Bischof von Ep. Cypauer Diktat

Ein neues

Münch., 26. Wä. W. u. c. da bahngesunden die Zielesberge von haus angrenzen lenert, die aber eine Schlußfassung ab, woher den Friedhof ab den letzten Tage

Im „Wam

Im „Wam. Oktober) ein alte Die nächste Woche langler Wirtshausfratue und d

Die neue seine Steuerklär nachmals Geld. Je größer der Hoff bere, je höher wie gebel lichen Stränge

— Weiter

Die Lage des 18. bis 22. Otktoberarbeitstagen in einigen Beruf in der Landwirt

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

— Baugle. folgte in der P. Pionier nachm

Ein Vertrauensvotum für Briand

Paris, 26. Oktober. In der heutigen Kammer Sitzung kam es im Verlaufe einer Rede des Abg. Herriot (Radikal), der in der Hauptsache gegen die Politik des französischen Außenministeriums...

Die Anerkennung König Konstantin

London, 26. Oktober. Wie Reuters Bureau erfährt, wird der griechische Ministerpräsident Gounaris heute in London erwartet. Es verlautet, Gounaris habe in einer Unterredung mit Briand auch die Frage der Anerkennung des Königs Konstantin...

Uebergabe des Ultimatum der Kleinen Entente

Belgrad, 27. Oktober. Die Volksstimme erfährt, daß die Regierung der Kleinen Entente beschloffen haben, heute der ungarischen Regierung ein Ultimatum zu überreichen. Man fordert die Ausräumung...

Eine Diözesanpende für Oppau

Münch, 26. Oktober. Der Erzbischof Kardinal Dr. Schuller hat, wie die „Sächsische Volkszeitung“ berichtet, dem Bischof von Speyer 100 000 M. als Diözesanpende für das Oppauer Hilfswerk übergeben.

Ein neues Revolverattentat auf Auer

München, 26. Oktober. Als gestern nacht 11 1/2 Uhr der Abg. Auer das Gewerkschaftshaus, wo eine Vorstandssitzung stattfand, mit vier Begleitern verließ und am Stefansberg vorüberging, wurden aus dem aus Gewerkschaftshaus angrenzenden Friedhofe zwei Schüsse gegen Auer abgefeuert...

Zur Zeitgeschichte

Im „Samborger Volksblatt“, dem Zentralorgan der bairischen Volkspartei in Oberfranken, schreibt (Nr. 247 vom 25. Oktober) ein alter Mitarbeiter des Blattes u. a. folgendes:

„Wagt er oder geht er nicht, so lautet das Preiselabel für die nächste Woche. Zwei Arten von Leuten sind es, die den Reichstagspräsidenten Wirth bis aufs Messer bekämpfen: die alte Aristokratie und die neue Plutokratie. Die Adeligen können es immer noch nicht lassen, daß ihnen die Regierung unzulänglich und daß ganz gewöhnliche Arbeiter, Müller und Wirthe das deutsche Staatsgeschick lenken. Was es früher im Reich ein Ereignis, wenn ein Bürgerlicher es zum Reichstagspräsidenten wählte, so muß es dem alten Adel, dem das Standesbewußtsein zu Fleisch und Blut geworden ist, ganz unendlich erscheinen, daß das Reich ohne „von und zu“ regiert werden kann. Wenn man diese Verhältnisse herüberträgt, kann man ihnen Standpunkt verstehen. Sie verstehen unsere Zeit nicht und werden nicht von ihr verstanden, denn ganz anders malt sich die Welt in ihren Köpfen...“

Die neue Plutokratie bekämpft den Reichstagspräsidenten, weil sie seine Stenographie fürchtet. Deutschland braucht Geld, Geld und noch mehr Geld und Dr. Wirth langt zu, wo etwas zu haben ist. Je größer der Geldbeutel, desto tiefer langt er hinein. Daher der Haß bereit, die auf ihre Fahnen geschwieben haben: Nehmen ist leichter wie geben. Daß die beiden, so grundverschieden, am nämlichen Stränge ziehen, ist auch ein Kennzeichen der Weltgeschichte...“

Nachrichten aus Sachsen

— Weiteres Bessern des sächsischen Arbeitsmarktes. Die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen zeigte in der Woche vom 19. bis 22. Oktober eine weitere Besserung. Die Nachfrager nach Arbeiterkräften aller Art blieb nach wie vor sehr hart und konnte in einigen Berufen nicht gebet werden. Verbessert Bedarf herrschte in der Landwirthschaft an jüngeren Knechten und Mägden. Auch der Bergbau in Stolberg ist nach für inländische gelernte und ungelernete Arbeiterkräfte unter 25 Jahren aufnahmefähig. Sowie Wohnraumgelegenheit beschafft werden kann. Verbesserte Vermittlungstätigkeit herrscht namentlich im Metall-, im Spinnstoff- und im Holz- und Bauwerbe, während das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe noch kaum ein Ueberangebot namentlich älterer Arbeiterkräfte verzeichnet.

— Baugen. Die Inbetriebnahme des neuen Bahnhofs erfolgte in der Nacht zum Mittwoch, mitternacht Punkt 12 Uhr. Am Dienstag nachmittag beschäftigten die sächsischen Kolonnen das neue Bahnhofsgebäude in Gegenwart und unter Führung der Eisenbahngeneraldirektion Dresden. Regierungsoberbaurat Otto gab einleitend einen Ueberblick über den gesamten Bahnhofsneubau, von dem das eben fertiggestellte Empfangsgebäude nur ein Teil ist und bei dem die bedeutendste Erweiterung der gesamten Eisenbahnanlage noch längere Zeit dauern wird. Die Verwirklichung der gesamten Umbauarbeiten hängt letzten Endes von der Gestaltung der finanziellen Verhältnisse ab, denn die Ausführung des gesamten Projekts wird einen Betrag von 80 bis 90 Millionen erfordern. Der Erweiterungsplan des Empfangsgebäudes war mit 800 000 M. veranschlagt und sollte zunächst 4 Millionen betragen. Die Stundensätze liegen in dieser Zeit von 1,25 auf 1,75 M. Regierungsbaurat Keller gab einige Erläuterungen zum Empfangsgebäude und wünschte, daß die Stadt Baugewerkschaft sich möglichst rasch so erweitern möchte, daß damit eine volle Ausnutzung der Anlage gewährleistet werde. Die neue, moderne Empfangshalle hat einen Flächenraum von 700 Quadratmeter. Geplant sind weiter noch der Neubau eines Gütergebäudes, einer Güterexpedition, eines Bahnhofspostgebäudes, einer neuen Vieh- und Pferdehalle. Oberbürgermeister Kriebner dankte den Vertretern der Generaldirektion für ihre Mühe und Arbeit und betonte, daß der neue Bau sich würdig dem alten Baugewerkschaftshaus mit seinen schenkwürdigen Leistungen anpasse. Nachts in der ersten Stunde liefen dann die ersten Züge in der neuen Halle ein.

— Aiten. Die erste Elternratswahl ergab, wie sehr sehr bekannt, 22 Vertreter der christlichen Elternschaft und 18 Vertreter der Gewerkschaftsvereine (weltliche Eltern).

Protest und Vertrauensvotum

Die neue Regierung ist gebildet und hat sich dem Reichstage vorgestellt. Das nächstliegende Ziel einer breiten Koalition, von dem wir gestern an dieser Stelle sprachen, ist in weite Ferne gerückt. Noch im letzten Augenblicke schien es, als ob überhaupt die Regierungsbildung vollständig scheitern würde. Die demokratische Partei hatte sich anscheinend in sehr große Abhängigkeit von der Deutschen Volkspartei begeben und schien sich kaum davon losreißen zu können. Wir wollen in diesem Augenblicke auch auf eine nähere Beleuchtung der höchst eigenartigen Haltung der Deutschen Volkspartei verzichten, die vertrauliche Verhandlungen bei einer interfraktionellen Besprechung beim Reichspräsidenten zum Gegenstand ihrer Haltung gemacht haben — ein Vorgang, der insofern nicht ganz neu ist, als am 30. September der deutschnationalen Führer Herrgott vertrauliche Erklärungen bei einer Besprechung beim Reichspräsidenten zum Gegenstand seiner Rede im Reichstage gemacht hatte. Ob und inwieweit die ständige Abreise des bisherigen Führers der Deutschen Volkspartei, Hrn. Brockmann, um diesem Vorgang in Zusammenhang zu bringen, läßt sich im Augenblicke noch nicht feststellen.

Jedenfalls steht so viel fest, daß Dr. Wirth sich gewehrt hat und mit ihm die Zentrumspartei. Schon in der Morgenausgabe vom Mittwoch den 26. Oktober schrieb die „Sächsische Zeitung“ (Nr. 204) u. a. folgendes:

„Der politische Mut, den Dr. Wirth mit der Annahme der Vertrauensvotum bewiesen hat, wurde gestern auch von seinen politischen Gegnern anerkannt. Die Frage ist, ob Dr. Wirth heute auf eine Mehrheit rechnen darf. Sie ist ihm sicher. Die beiden sozialistischen Parteien werden geschlossen für ihn stimmen, von den bürgerlichen Parteien geschlossen das Zentrum. Damit allein ist die Mehrheit erreicht. Die Demokraten haben es zwar abgelehnt, offiziell in das Kabinett Wirth einzutreten und haben nur ihre Haltung bei der Berechnung der Koalition verneinert, aber es ist nicht anzunehmen, daß sie als Fraktion gegen die Regierung stimmen werden.“

Das ist denn auch am Mittwoch geschehen. Die Demokraten haben für das Vertrauensvotum gestimmt und haben auch ihren Reichswirtschaftsminister Gieseler im Kabinett gelassen; außerdem ist der Verkehrsminister General Bräuer der demokratischen Partei zugewechselt. Bei der gestrigen Reichstagsitzung hat nicht nur der Reichspräsident Dr. Wirth in wirklich würdevoller Form sich zum Beistand der deutschen Volkspartei erklärt, sondern auch der Zentrumsvorredner eine besonders bemerkenswerte Erklärung abgegeben; besonders bemerkenswert deshalb, weil der Redner der Deutschen Zentrumspartei selbst Oberbürgermeister und Vorsitzender der sächsischen Zentrumspartei ist. Hrn. Wirth hat darauf hingewiesen, daß die Oberbürgermeister von den anderen Mächten schmächtig beschachtet worden sind und er hat mit Recht betont, daß Reichspräsident Wirth seine Position und alles eingesetzt hat, um Oberbürgermeister zu retten. Am Ende des ganzen oberbürgermeisterlichen Vortrags hat Herrgott gesprochen, wenn er vor aller Welt feierlich Protest erhebt gegen den Wucherer Spruch. Es ist aber von ganz besonderer Wichtigkeit, daß der Zentrumsvorredner Wirth ausdrücklich hervorgehoben hat, durch die Entsendung eines Vertreters zu den Wirtschaftsverhandlungen durch die Regierung werde der Protest nicht aufgehoben oder abgeschwächt. Hierin steht ja der

11. Evangelisch-lutherische Landesynode

Die wichtigste Vorlage für die diesjährige Tagung der Landesynode war ohne Zweifel der Entwurf einer neuen Kirchenverfassung für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens. Sie wurde erarbeitet vom Präsidium des Landeskonferenziums Dr. Böhm, der betonte, daß bei der Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfes sich das Kirchenregiment im wesentlichen an die Richtlinien der 10. ordentlichen Landesynode gehalten habe. Das Präsidium des Entwurfes liegt in den Verhandlungen über die Teilung der Kirchengewalt. Damit solle jeder Abfoliation, insbesondere aber die Aufhebung eines Bischofsamtes in römischer Sinne ausgeschlossen werden. Weiter bezieht der Entwurf die Erweiterung der Selbstverwaltung der Kirche. Der Synodale Dr. Mendorf-Leipzig stimmt dem Entwurf zu und stellt fest, daß es sich nicht um einen Neubau handle, sondern um eine geschickliche Weiterentwicklung. Der Synodale Siegel-Gemüth vermißt eine Verwirklichung der Wünsche der evangelischen Gemeinden in der Oberlausitz, die einen eigenen Synodenbezirk wünschten. Der Synodale Stange-Leipzig macht hierzu die bedeutsame Mitteilung, daß seine Gruppe einmütig für eine geistliche Stube der Landeskirche in Form eines evangelischen Vikariats einträte. Die neue Hauptkirche St. Marien in Leipzig fordere eine starke persönliche Führung. Auch Emeritendint Dr. Meiners-Dresden trat lebhaft für das Vikariat ein, da durch dieses die Möglichkeit, neues Leben in die Kirche zu schaffen, gegeben würde. Daraus schloß die allgemeine Aussprache und die Vorlage wurde einstimmig dem Verfassungskomitee überwiesen.

In ihren weiteren Verhandlungen nimmt sodann die Synode Stellung zu dem Antrage des Finanzkomitees betreffend das kirchendienstliche Einkommen der Kirchenschullehrer und ihre Pensionsberechtigung. Dem Vorschlage, diesen Antrag für erledigt zu erklären, da er durch das inzwischen vom Landtage beschlossene Gesetz überholt sei, wird stattgegeben. Zu dem Gesuche des Vereins sächsischer Kirchenbeamten betreffend die Wahrung der Rechte der Kirchenbeamten bei der Trennung von Kirche und Staat erklärt namens des Finanzkomitees Geheimrat Ostermayer, daß die Synode in dieser Frage juristisch nichts tun könne. Der Finanzkomitee glaube, daß das Gesuch am besten dem Landeskonferenzium als Material überwiesen werden solle. D diesem Antrage wurde auch stattgegeben. Weiter kommt zur Behandlung ein Gesuch der Schöner, Strecker und Dahlemer Konferenz betreffend die Gehälter der Geistlichen. Der Berichterstatter tritt dafür ein, daß künftig die Verhältnisse der Geistlichen auf dem Lande besser gestaltet werden möchten, dem die Synode auch einstimmig zustimmt. Des weiteren nimmt die Landesynode Stellung zu dem Antrage des Ausschusses für Verdienste und Gesuche betreffend das Schreiben des evangelisch-lutherischen Landeskonferenziums über die 400jährige Erinnerungsfeyer der Entdeckung der deutschen Bibel. Die Synode faßt auf Antrag des Ausschusses den Beschluß, daß die Synode dankbar Kenntnis davon nehme, daß eine 400jährige Erinnerungsfeyer am 8. Sonntag des September 1922 angeordnet werden solle, ferner, daß die Einführung von Bibelbesprechungen in möglichst allen Gemeinden erfolgen möge.

Pfarrer Michael-Gemüth begründet sodann den Antrag des Ausschusses betreffend die Sicherung des Fortbestandes der Gesellschaft für sächsische Kirchengeschichte. Nach kurzer Aussprache wird der Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben. Zur christlichen Jugendbewegung liegt ein Antrag des Ausschusses vor, die diesbezüglichen Einlagen auf sich beruhen zu lassen. Der Verein habe den Wunsch, keine auffällende Ansprachen an die Konfirmanden zu halten.

Stem des ganzen Problems, das die Schwierigkeiten der Regierungsbildung hervorgerufen hat. Es verdient weiter bemerkt zu werden, daß ein Blatt, wie der „Dresdner Anzeiger“, welcher der Deutschen Volkspartei außerordentlich nahe steht, in seiner heutigen Morgenausgabe (Nr. 208) seine Betrachtungen über den gestrigen denkwürdigen Tag im Reichstags mit folgenden Worten einleitet: „Wie man sich innerpolitisch auch Dr. Wirth gegenüber einstellen mag, man wird es ihm Dank wissen müssen, daß er in letzter Stunde in einer politisch so wenig dankbaren Lage sich zur Verfügung gestellt hat, um die Regierungsgeschäfte des Reiches weiterzuführen.“ Man wird es sich merken müssen, vor allem für spätere Zeiten merken müssen, daß das nationalliberale Blatt erklärt, man müsse diesem Kanzler die Rechtmäßigkeit widerfahren lassen und weiter anführen, er der „Dresdner Anzeiger“, gehöre nicht zu den bedingten und unbedingten Lobrednern Dr. Wirths, aber er läßt in ihm trotz mancher Enttäuschungen doch einen Mann, der auf seine Art arbeitend, idealistisch und waterländisch gefant ist.“ Es ist diese Feststellung vor allem deshalb notwendig, weil zweifellos nunmehr erneut ein Sturzversuch von Angriffen vor allem auf die Zentrumspartei erfolgen wird, wobei der Leitartikel in der heutigen Morgenausgabe der „Sächsische Zeitung“ bereits einen Vorgeschmack gibt.

Das Vertrauensvotum für Dr. Wirth ist mit 230 gegen 132 Stimmen angenommen, so daß die Regierung im gegenwärtigen Augenblicke als tragfähig angesehen werden kann. Die Regierung besteht ausschließlich des Reichspräsidenten gegenwärtig aus vier Zentrumsmministern, vier Sozialdemokraten und zwei Demokraten. In dem zurückgetretenen Kabinett war die Sozialdemokratie nur mit drei Ministern vertreten. Gegenwärtig haben also auch innerhalb des Reichskabinetts Zentrum und Demokraten die Mehrheit. Allerdings steht das Wiederbauministerium noch offen und auch das Reichsministerium des Innern ist noch besetzt werden. Wir haben schon oben betont, daß wir uns im Augenblicke über die parteipolitische Situation nicht äußern wollen. Es wird ja dazu noch Gelegenheit genug sein. Sowie jedoch muß betont werden, daß die Zentrumspartei alles auch nur Erdenkliche getan hat, um das Zustandekommen einer breiten Koalition zu ermöglichen. Nachdem diese Bestrebungen zu keinem Ziele geführt haben, galt es auch diesmal, wie in früheren Fällen, für das Zentrum einzig und allein zu fragen, was noch überhaupt zu retten ist. Daß dabei die oberbürgermeisterlichen Abgeordneten ein ausschlaggebendes Wort mitzusprechen hatten, liegt auf der Hand. Und die oberbürgermeisterlichen Abgeordneten haben für die Entsendung von Delegierten zu den wirtschaftlichen Verhandlungen votiert. Wir zweifeln nicht, daß die Wählerchaft draußen volles Verständnis für die Haltung der Deutschen Zentrumspartei im Reichstags befehen wird.

Mit Entschiedenheit haben Reichstag und Reichsregierung gegen den Wucherer Protest protestiert. Durch das Vertrauensvotum für den Reichspräsidenten und die neue Regierung hat sich die Mehrheit des Reichstages aber auch den Notwendigkeiten der Stunde nicht entzogen und die Zukunft wird lehren, daß sie zweifellos Recht daran getan hat. Mit dem Vertrauensvotum, Wirth hoffen auch wir auf die Gerechtigkeit der Weltgeschichte.

Der Ausschuss für die Beratung des Antrages des Ausschusses für die Verfassung des Reiches

Es folgt sodann die Beratung des Antrages des Ausschusses für die Verfassung des Reiches und die Beratung des Antrages des Ausschusses für die Verfassung des Reiches. Der Berichterstatter schlägt vor, dem Landeskonferenzium die Weiterführung der Angelegenheit zu überlassen. D diesem Vorschlag wird auch stattgegeben. Das Gesuch des Landesverbandes christlicher Elternvereine, Grundzüge für die Uebertragung des Kontext- und Organisationswesens auf Volksschullehrer zu erlassen und Ausbildungskurse für Vikarien und Kantoren einzuführen, wird dem Landeskonferenzium als Material überwiesen.

Durch die Vorlage vom 10. Juli 1913: Uebernahme des Kirchengesetzes über die Kirchenvereine und die Kirchenvereine sollen die Bestimmungen, die nach der Bildung von Verbänden entgegenstehen, beseitigt werden. Pastor Dr. Stange-Leipzig beantragt im Namen des Verfassungsausschusses, der Vorlage zustimmen und an Stelle des Verfassungsausschusses die Kirchenvereine zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Verband und Einzelgemeinde vorzugeben und in jedem Falle dafür Sorge zu tragen, daß jeder Einzelgemeinde für den Fall der unzureichenden Einwirkung ihres Ortskirchenrates das Recht der unzureichenden Einwirkung des Ortskirchenrates als Material überwiesen wird.

Weiter kommen zur Beratung die Vorlage des Kirchenregiments, betreffend den Entwurf eines Kirchengesetzes, der mit keinen sächsischen Änderungen angenommen wird. Die Vorlage, betreffend den Entwurf eines Kirchengesetzes über das Inkrafttreten der Kirchengemeindeordnung der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens vom 2. März 1921, wird nach längerer Debatte gegen zwei Stimmen angenommen. Ferner findet Annahme eine Aufhebung folgender Vorläufe: „Die verarmte evangelisch-lutherische Landeskirche nimmt mit dankbarer Freude Kenntnis von der tatkräftigen brüderlichen Hilfe, die unserer Leipziger evangelisch-lutherischen Mission nach dem Vorgang unserer sächsischen Glaubensbrüder in Südafrika neuerdings auch auf ihrem fast verarmten ostafrikanischen Arbeitsfelde durch das Eintreten lutherischer Glaubensgenossen in Amerika zuteil geworden ist. Der lutherischen Kirche ist dadurch ein geliebtes Kind Missionararbeit, an dem auch das Herz der sächsischen Missionararbeit seit Jahrzehnten mit besonderer Anteilnahme hängt, erhalten geblieben, und darum soll es um so mehr unsere Pflicht sein, evangelisch-lutherischen Mission mit ihrer Anteilnahme und ihren Gaben tatkräftig zu unterstützen.“

Das Gesuch, der Leipziger Erlaubnis des Sächsischen Staatsvereins, in den Konfirmationsarbeiten, die auf den ersten Abendmahltag gehalten werden, anzuweilen, wird auf Antrag dem Landeskonferenzium zur Kenntnisnahme überwiesen.

Aus Dresden

Die Logik des Dresdner Bürgervals

Der Dresdner Bürgerval hat, wie bereits gemeldet, an den Rat Dresden eine Eingabe gerichtet, nach der in dem unabhängigen Antrag, bei dem Dresdner Stadtbürgermeisterwahl getrennt nach Geschlechtern zu wählen, eine Verletzung des verfassungsmäßig garantierten Rechts und der Verletzung der Geheimhaltung der Stimmenabgabe zu durchbrechen erblickt wird. Dazu bemerken die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ — also ein Blatt mit ausgesprochener Rechtspolitik — in Nr. 296 folgendes:

